

Das Wort des CdA

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **180 (2014)**

Heft 11

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

oder in der Swissair-Krise nicht anders. Gleichzeitig waren das die Zeiten, die mich am meisten erfüllt haben. Als ich mit Oswald Grübel bei der UBS das Ruder übernahm, war die Bank in einem schlechteren Zustand, als ich dachte. Wir haben es mit unserem Team geschafft, sie wieder profitabel, kapitalstark und erfolgreich zu machen und dafür zu sorgen, dass die Steuerzahler einen Gewinn machten. Unsere Bilanz lässt sich sehen. Einzig beim Kulturwandel hätte ich mir mehr Fortschritte erhofft. Aber auch daran arbeitet das neue Management, mit dem ich sehr zufrieden bin, intensiv.

Die UBS musste 2009 eine Busse von 780 Millionen Dollar wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung bezahlen, die CS nun sogar mehr als das Doppelte. Lernen die Grossbanken nie?

Natürlich zahlen die Banken auch für unverzeihliche Fehler. Trotzdem habe ich kein Verständnis für das Verhalten der USA. Wir erleben gerade eine Zwangsdekaptalisierung des europäischen Bankensystems durch die unverhältnismässigen Bussen der Amerikaner. Sie bestrafen ihre eigenen Banken zwar auch, aber nicht im gleichen Ausmass. Und vor allem bestrafen sie nur diejenigen, die in die Subprime-Krise involviert sind. Doch diese wurde meiner Meinung nach weniger durch die Geschäftsbanken als durch Fehlansätze der amerikanischen Politik und der Notenbank verursacht. Jetzt müsste man die Banken noch weiter stabilisieren und nicht kapitalmässig schwächen. Das kann sich sogar auf die Kreditvergabe auswirken, und das ist das Letzte, was es jetzt braucht.

Die Banken haben sich die Bussen durch jahrelanges Fehlverhalten doch selbst zuzuschreiben.

Ich kritisiere nicht die Strafen an sich, wo sie berechtigt sind, sondern deren Unverhältnismässigkeit. Man bestraft jetzt die Institute und damit die Aktionäre und die heutigen Managements, welche ja aufräumen. Diejenigen hingegen, welche die Fehler zu verantworten haben, ziehen sich besser aus der Affäre. Das ist das Gegenteil von Abschreckung.

Die USA sind ein Rechtsstaat. Warum begehen die Banken nicht einfach den Rechtsweg?

Das ist genau das Problem. Es gibt selten höchstrichterliche Urteile und damit nie Rechtssicherheit. Ich bin überzeugt,

dass die Banken nach sauberen Prozessen viele Fälle gewinnen würden. Aber wegen der Verunsicherung von Kunden und Aktionären können sie sich langjährige Prozesse nicht leisten. Die Institute wissen also, dass sie eine schnelle Lösung oft sogar mit Schuldeingeständnis suchen müssen. Das gibt den amerikanischen Behörden ein ungemeines Erpressungspotenzial in die Hand.

Welche Absicht verfolgen die USA mit dieser Politik?

Wahrscheinlich wollen sie ihren eigenen Banken Wettbewerbsvorteile verschaffen. Nach meiner Erfahrung tun die USA nie etwas, was ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt.

In der Herbstsession kommt die Erbschaftssteuer-Initiative in den Ständerat. Sie propagierten diese Steuer 2003 als Finanzminister ebenfalls, was diametral der Position Ihrer Partei widersprach.

Ich muss das klarstellen. Es war die Zeit, als der Bund in ein strukturelles Defizit hineinlief. Dem Parlament war nur zum Teil klar, dass es sparen musste. Und wo gespart werden sollte, war heftig umstritten. Also diskutierten wir im Bundesrat lange darüber, welche Optionen wir überhaupt hatten. Wir kamen zum Schluss, eine Art Drohkulisse zu zimmern: entweder drastische Sparmassnahmen, wie es der Bundesrat bevorzugte und schliesslich auch umsetzte, oder dann Steuererhöhungen. Dabei gab es die Möglichkeit einer Mehrwertsteuer, die aber den Konsum von allen betroffen hätte, oder eben eine moderate Erbschaftssteuer. Diese belastet gemäss zahlreichen Ökonomen das Wachstum weniger stark. Unser Modell von damals ist mit demjenigen der jetzigen Initiative aber nicht vergleichbar. Diese geht viel zu weit. Deshalb lehne ich sie entschieden ab.

Dennoch weibeln die Befürworter nun mit Ihnen als bürgerlicher Kronzeuge der Erbschaftssteuer-Initiative. Nervt Sie das?

Das gehört zum politischen Spiel, damit kann ich leben. Ich stelle es einfach richtig.

Etwas gekürzte Version eines Beitrages in den AZ Medien; mit freundlicher Genehmigung. ■

- 1 Chefredaktor az nordwestschweiz, Aargauer Zeitung
- 2 Inlandredaktor Aargauer Zeitung

Das Wort des CdA

Das Momentum

Geschätzte Leserinnen und Leser der ASMZ

Kennen Sie das Martinsloch? Das Felsloch in den «Tschingelhörnern» im Glarnerland, durch welches zu ganz bestimmten Zeitpunkten die Sonne durchscheint? Einen solchen einzigartigen Moment haben wir im Moment in unserer Armee- und Rüstungsplanung. 2008 haben wir mit einem Planungsauftrag über 80 000 AdA und 4,4 Mrd. CHF begonnen. Die transparente Darstellung, auf welche Leistungen dabei verzichtet werden müsste, hat dazu geführt, dass die Vorgaben auf 100 000 AdA und 5 Mrd. CHF erhöht wurden. Die parallel erarbeitete Mängelliste hat deutlich aufgezeigt, wo wir Nachholbedarf haben. Vom Sicherheitspolitischen Bericht und Armeebereich abgeleitet, konnten wir daraus die WEA planen.

Nach vielen – durchaus berechtigten – Diskussionen haben wir einen guten Kompromiss gefunden. Ich bin überzeugt: Die WEA entspricht den Bedürfnissen und bringt uns einen riesigen Schritt nach vorne. Nebst den Verbesserungen der Bereitschaft und Ausbildung, brauchen wir hierzu auch die notwendige Ausrüstung.

Und damit komme ich auf den einzigartigen Moment zurück. Nach dem Gripen-Nein müssen wir nun den Masterplan umstellen und Beschaffungen, die für später vorgesehen waren, nach vorne nehmen. Dies bedingt einen grossen Aufwand und Knochenarbeit. Es müssen Verträge verhandelt sowie Ausbildungs-, Einsatz-, Unterhalts- und Sicherheitskonzepte erarbeitet werden. Das Parlament ist bereit, uns die Mittel zu sprechen – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der immer schlechter werdenden Sicherheitslage.

Es geht um moderne Telekommunikationsmittel, Ersatz der bodengestützten Fliegerabwehr, Werterhalt von bestehendem Material sowie der Verbesserung der Wirkungsmittel am Boden (Mörser und Mehrzweckantistrukturssystem). Weitere Projekte sind in Planung.

Wir wissen, was wir brauchen – jetzt liegt es an uns, dieses Momentum zu nutzen. Nicht für uns, sondern zum Schutz unserer Bevölkerung. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung.

Korpskommandant André Blattmann
Chef der Armee

